

Eine unerhörte Provokation des Baugner Finanzdezernenten

Abbau der Fürsorge, Abbau von Angestellten und Beamten, Erhöhung der Strom-, Gas- und Wasserpreise, Erhöhung der Biersteuer, Einführung der Rahmensteuer und Wasserleitungsgebühren

"Es ist vielen — und das gilt hauptsächlich von Lohn- und Gehaltsempfängern — noch nicht klar geworden, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse es dem deutschen Volke nicht erlauben, so zu leben, wie vor dem Krieg, und daß wir alle uns Einschränkungen gesellen lassen müssen."

So schreibt der Oberbürgermeister Niedner der Stadt Baugens in seinem Memorandum zur Finanzlage der Stadt. Ein Mann, der ein Jahreseinkommen von 20 000 Mark zu verzeichnen hat. Wir nehmen bereits Stellung zu den geplanten Strompreiserhöhungen und wollen heute das Programm, das Herr Niedner der Öffentlichkeit unterbreitet, ein wenig unter die Lupe nehmen. Unzutreffig ist es, zu sagen, daß die Finanzlage der Stadt Baugens aus der selben Ursache herauß eine so katastrophale ist wie in den anderen Gemeinden. Unzutreffig, zu erwähnen, daß gerade Herr Niedner bestrebt ist, der mit großer Auswirkung auf die großen Träger und Unternehmungen hunderttausende zur Verflüchtigung stellt, der einen Polizeihappel unterhält, der ebenfalls weit über 1 Millionen an Steuergeldern verschlingt. Niedner schreibt:

"Die Schulden der Stadt haben sich seit dem Jahre 1925/26 von 1 644 974 Mark erhöht auf 8 231 541 Mark im Jahre 1929/30, der Anleihezinsservice ist seit dieser Zeit gewachsen von 135 974 Mark auf 511 242 Mark."

"Das", so meint Niedner, "findet Jahren, die jedem nachdrücklich vor Augen führen, daß es so nicht weiter gehen kann." Er läßt den städtischen Kollegen aber sofort den Revolver auf die Brust, falls sie ihm Finanzprogramm nicht anzunehmen sollten und sagt:

"Wenn die städtischen Kollegen wider Erwarten nicht willens sein sollten, diesen Schritt zu tun, dann bleibt nichts anderes übrig, als im neuen Haushalt Sparmaßnahmen einzunehmen."

Die großen Vorbilder von Berlin lassen den kleinen Niedner in Baugens nicht zur Ruhe kommen, auch er hat das Bedürfnis, sich als Finanzdiktator aufzuspielen. Es ist bekannt, daß er bisher schon immer seinen Willen durchsetzt und daß die Institutionen, angefangen bei der Sozialdemokratie bis zu den Deutchnationalen, ihm immer getreue Gefolgskräfte leisteten. Der Unterschied ist lediglich dar, daß Herr Niedner seinen Jüngern von Seiler bis Jung, und dort kommt wiederum die Herrschaft von der korrumpten NSDAP, gegenüber steht, die Sparmaßnahmen und die Waffenausplunderung müssen in schnellem Tempo als Sache erfolgen. Es will ihnen nicht mehr den Raum für ihre Agitationsbedürfnisse gewahren. Sie sollen ihren Massenvertrag etwas rationeller bearbeiten, damit die Bourgeoisie größere Unterstützung durch die Stadtverwaltung erhalten kann. Wir sind leider nicht in der Lage, das ganze Programm eingehend unter die Lupe zu nehmen und willien uns deshalb auf das Wichtigste beschränken. So sei nur noch vorher erwähnt, daß das Vermögen der Stadt Baugens mindestens rund 30 Millionen beträgt, ein großer Teil des von Niedner angeführten Zinsendienstes ist lediglich die Verminderung des städtischen Vermögenszuwachses.

Das Sparprogramm

An der Spitze der Sparmaßnahmen erwartet die Einsparung für den Wohnungsbau, obgleich gerade Baugens deshalb unter einer sehr harten Wohnungsnos leidet, weil die oberen Verwaltungsbehörden und die Reichselendhalle für eine ganze Anzahl nach Baugens verjagte höhere Beamte sehr viel Wohnungen für sich beanspruchten, die die Stadt Baugens bereitstellen mußte. Herr Niedner fordert:

"1. Der Wohnungsbau muß sich mit den Mitteln begnügen, die aus Mietzinsen fließen."

2. "Vanderläufe für den Wohnungsbau sind unmöglich, auch dringend wünschenswerte Landstrände müssen unterbleiben."

Diese "Sparmaßnahmen" bedeuten weiter nichts, als daß die Stadt Baugens sämtliche zur Verflüchtigung stehenden Mittel der Mietzinssteuer den Bauunternehmern in den Händen werfen will, die sich in Baugens zu der berüchtigten Großherrschaft zusammengeflossen haben, deren prahlender Ruhm darüber besteht, daß die zum größten Teil aus Mietzinssteuernehmern erzielten Wohnungen unzweckhafte hohe Mieten zu erheben, denn wenn die Stadt keine Voraussetzung für Wohnungsbau anstellt, hat sie auch keine Möglichkeit, selbst in dem bisherigen bestehenden Rahmen soziale städtische Wohnungen zu errichten. Alle "Sparmaßnahmen" bedeuten somit im Einklang eine ungeheure Steigerung der Wohnungsmieten und daß die Arbeiter und Angestellten gezwungen sind, weiter in ihren erbärmlichen Löchern zu hausen.

"3. Notstandsarbeiten können überhaupt nicht mehr durchgeführt werden."

Dieser Satz spricht für sich und bedarf weiter seines Kommentars. Von besonderem Interesse zeigt folgender Punkt:

"4. Die Fürsorge für die Schwachen, Siechen und Krüppel muß um die Anwendungen für die lebensfrühen Teile der Bevölkerung nicht über Gebühr einzuschränken, mehr als bisher herabgemindert werden."

Wir fragen Herrn Niedner: Warum bleiben Sie auf halbem Wege stehen?

Wenn schon, dann schon.

Mit einigen Gramm Arsenik ist es möglich, all diejenigen, die erwerbsbeschränkt sind und unter den Furchtbarsten Existenzbedingungen vegetieren müssen, aus der Welt zu schaffen. Wenn deren Unterstützungen noch mehr eingeschränkt werden sollen, wie Sie es vorschlagen, so bedeutet es weiter nichts als den langsamem Hungertod etwas beschleunigen. Sie und die ihnen Beifall zubehörigen offenbaren sich hier als die Repräsentanten einer völlig vertikierten Gesellschaftsordnung. Wir stellen das fest und mahnen die Arbeiterschaften, energetisch noch wie bisher gegen ein solches System den Kampf aufzunehmen, der ein Kampf auf Leben und Tod ist. Für Röder, Sportpölke, Rückert, Tiefenbach soll nichts mehr anfangen gegeben werden. Die Leute, die sich in die Brust mettern, wenn sie himmeln auf das "Land der Dichter und Denker", sind bereit, die ganzen blödsinnigen Kulturrevergnügen auf den Mist zu werfen, nur, um den Profit einiger Börsenhändler zu sichern. Und das Theater, sagt Herr Niedner, muß man schließen. Im Kranenkahn, in Kärtnergasse müssen solche Szenen gelöscht werden an der Aufführung. Von den Beamten und Angestellten muß eine Anzahl entlassen werden. Fürwahr, Pluto ist groß und Niedner sein Prophet. Ein solches "Sparprogramm", wie es jetzt die Stadt Baugens unterbreitet sieht, das ein offener Abfall von Hörerndlicher Genialität ist, ist der beste Beweis dafür, daß den Massen alle Existenzmöglichkeiten überhaupt geraubt werden, wenn der Kapitalismus noch weiter erhalten bleiben soll.

Die Rechte der Medaille

Herr Niedner ist natürlich auch darauf bedacht, neue Geldquellen zu erschließen. Und hier steht er an der Spitze, was wir bereits erwähnten. Strompreiserhöhung ist das, was Herr Niedner den Massen zu Weihnachten beibrachte. Der Strompreis soll von 48 auf 50 Pfennig erhöht werden und der Preis für den Arbeitsstrom der kleinen Gewerbetreibenden von 14 auf 17 Pfennig. Wörtlich heißt es dann weiter:

"Die Großhochnehmer, mit denen besondere Verträge ausgehandelt werden, von der Erhöhung unter a) nicht betroffen."

Herr Niedner kennt keine Skrupel. Er plündert die Massen aus und sonst dienen, die es bisher schon verstanden, allein die Profite einzuhalten. Auch der Gaspreis soll von 22 auf 24 Pfennig erhöht werden, der Wasserpriß von 18 auf 23 Pfennig. Durch diese Maßnahme will unter "hohen" 200 000 Mark neue Einnahmen jährlich aus den Massen herausholen. In einer besonderen Anlage B werden neue Steuern vorgeschlagen, und zwar ist in diesem Fall das Vorbild der Dresdner Sozialdemokrat Dr. Böhmer mit seiner Rahmensteuer, die für die Stadt Baugens 10 000 Mark einbringen soll. Auch die Biersteuer soll erhöht werden mit einem Markt jährlich Mehrertrag. Das soll allem Anschein nach dazu beitragen, daß die Massen ihre größere "Tugendhaftigkeit" angewöhnen, denn, so schreibt er in seiner Einleitung:

"Wer behauptet, die Leute nicht mehr tragen zu können, der kann im Jahre ein paar Zigaretten weniger rauchen, ein paar Gläser Wein weniger trinken, etwas weniger Schokolade essen, etwas weniger für Zug und Kleidung verwenden..."

Wir sehen also, das Oberhaupt Baugens ist auf die "Tugendhaftigkeit" seiner Bürgerschaft bedacht, aber damit die Ausbeuter nur so mehr raufen können. Er selbst jedoch kann auf seine 25 000 Mark Jahresgehalt nicht verzichten, sonst, so äußerte er vor früher einmal, hätte er schon längst den Bettel hingegeben.

Eine weitere Einnahme soll durch eine Wasserleitungsgebühr von 2 Prozent des Friedenswertes erzielt werden und 70 000 Mark Mehreinnahmen bringen. Als Vorbild hat sich Niedner in diesem Falle die Stadt Chemnitz gesetzt.

Die Einwohner Baugens können aus diesem Finanzprogramm erkennen, welch ein würdiges Stadtobhaupt die Einwohner "betreut". Wie eine Dohle als Glänzende zusammenzieht und in ihrem Nest anhaut, so holt sich Herr Niedner aus dem ganzen Reich solche Beispiele zur Abdrosierung von Ausgaben, die nur die wirtschaftlichen Schwächen treffen. Ebenso wie er sich zum Vorbild die reaktionären Maßnahmen für weitere Plünderungen der Massen im ganzen Reich zusammenholt. Diese Reaktionen müssen aber ein Ansehen sein für die Westfälische Baugens, für die Stromabnehmer auch außerhalb Baugens auf den Völkern, eine Kampagne zu führen gegen diese unerhörten Raubzug und diejenigen, die diesen Raubzug verleihen und unterstützen. Wir wissen, daß Niedners Weg der einzige ist, den die Bourgeoisie zu gehen vermag. Daraus folgt aber, daß dieser Kampf gegen den Ausplunderungsfeldzug auszünden muß im Kampf gegen das System überhaupt, im Kampf um die Obrigkeit des Proletariats, die wichtigste Voraussetzung dagegen, daß die Massen leben können und sich ihr Leben nach ihren Bedürfnissen zu gestalten in der Lage sind.

Wie fordern Sie auf, für Ihren Sohn zu sorgen? Weihnachtsgeschenke des Freiberger Rates

"Wenn alles liebt, kann auch der Kreisberater Rat nicht hassen", das mag ungefähr das Leitmotiv der Herren des Kreisberaters gewesen sein, als er den Einwohnern seine Weihnachtsgeschenke präsentierte. Man mag ohne weiteres sagen, daß die Geschenkverteilung seitens des Rates "großartig" organisiert war. So wurde unter anderem der Einwohnerstaat ein neues Bündel Steuern präsentiert — die zuvor die Aufsichtsbehörde abgelehnt hatten, die aber dann eben von der Aufsichtsbehörde "angeordnet" wurden. So die Feuerwehrsteuererhöhung und die Grundsteuererhöhung. Sicherlich wollten Rat und Aufsichtsbehörde damit den Einwohnern zum Bewußtsein bringen, wieviel die gesuchte "Selbstverwaltung" und die "Mittelermittlung" der gewählten Kommunalvertreter wert ist, oder besser gesagt, daß ein einfacher Gedanke der "Aufsichtsbehörde" diese Rechte besitzt.

Doch neben diesen allgemeinen Gaben glaubte der Freiberger Rat sicher auch noch individuell Sondergaben präsentierte zu müssen. So erhielt z. B. ein 50jähriger Ledernerbeiter mit seiner Frau, zwei Schulkindern und fünf nicht mehr schulpflichtigen Kindern, wovon drei arbeitslos sind (und der einen Bruttoverdienst von 50 RM wöchentlich hat), als Weihnachtsgabe folgendes Schreiben:

Ar. R. 354/VII Freiberg, 30. Nov. 29.

Herrn
Der Sohn H. wird seit 23. Sept. mit kurzen Unterbrechungen mit wöchentlich 9,50 Mark aus Fürsorgemitteln unterstützt (derzeit ist es 23 Jahre und infolge langer Arbeitslosigkeit hilfsbedürftig, D. B.). Nach den Bestimmungen des BGB und der Reichsfürsorgepflichteverordnung sind Sie Ihrem Sohn gegenüber unterhaltspflichtig. Wir fordern Sie deshalb auf, ausreichend für Ihren Sohn zu sorgen, damit die Unterstützung wiederholt werden kann. (Bei 50 RM Bruttoverdienst und 7 Kindern, D. B.)

Weiter werden Sie veranlaßt, die bereits erwachsenen Unterhaltskosten in Raten an unsere Stadthauptkasse zurückzuzahlen.

Zur Hälfte einer Woche wollen Sie schriftlich erklären, in welcher Weise Sie Ihrer Pflicht nachkommen wollen.

Der Stadtrat (Fürsorgeamt)

gez. Knöbel, Stadtrat"

Man muss hierzu sagen, daß dieses Weihnachtsgeschenk des Kreisberater Rates wirklich eine "würdige" Gabe ist. Doch es wäre dringend zu empfehlen, daß den Herren Ratsberatern einmal aufgezeigt würde, mit diesem Entkommen bei dieser Familie die Gesetzesbestimmungen zu erfüllen. Wir sind überzeugt, wenn dieses Ereignis probiert würde, würde auch in den dünnen Faltstücken ein anderes Verständnis eingesehen.

Arbeiterkorrespondenz 37.

Kreisal. Die bekannten Dresden Roten Räder steigen in nächster Zeit in Kreisal! Wann? Wied in der Arbeiterstimme bestätigt geben.

Kreisal. Die nächste öffentliche Stadtverordnetenversammlung findet am Sonnstag dem 9. Januar 1930 statt. Beginn 19 Uhr.

Kreisal. Eine öffentliche Freidenkerversammlung, in der Goethe Schiller, Dresden, über das Thema: "Die Verhinderung des Freidenkerbandes" sprechen wird, findet am Freitag dem 10. Januar 1930 in der "Alten Post", Gr. Deuben, Mozartstraße, statt. Beginn 19.30 Uhr.

KINDERRECKE



(Bearbeitet vom Jungspartakusbund, Bez. Ost Sachsen. Alle Zuschriften für diese Rubrik sind an R. Renner, M. d. L., (Kinderecke), Dresden-A. 28, Columbusstraße 9, zu richten.)

Was soll die Kinderrede?

In der Kinderrede sollen sich alle Arbeiterkinder aussprechen. Ihr sollt hören, wie es auch in der Schule geht, was euch nicht gefällt und wo die Lehrer noch prügeln. Wer arbeitet nicht, soll hören, was er arbeitet und was er dabei verdient. Dann hört ihr eure Erfahrungen von der Straße oder von Wanderausflügen einkaufen, die die Massen haben, die nur die wirtschaftlichen Schwächen treffen. Ebenso wie er sich zum Vorbild die reaktionären Maßnahmen für weitere Plünderungen der Massen im ganzen Reich zusammenholt.

Viele Grüße!
Euer Trommelpeter.

Friedensfreunde

Der Pastor in der Kirche spricht:

Ihr Kinder, eins vergehet nicht;

In der Bibel steht geschrieben,

Deine Freunde sollst du lieben.

Wenn auf der Welt ein Krieg entbrannt,

Dann legen Ketten in jedem Land

Könige mit dem Kreuz, ja,

Die Waffen ihres Landes ein.

Nott mit Kanonen, Schießgemessen

Wer wird sowas die Kinder lehren?

So spricht Herr Sozialdemokrat,

Wenn er die Eltern vor sich hat.

Doch 1914 hat im August

Er gar nichts mehr davon gewußt,

Da brüllt er, Leute fehlt nur dor;

Das Vaterland ist in Gefahr."

Man ihus loger 'nen Böllerbund

Tut laut den Friedenswillen tunz

Doch heimlich tüdet man sich ihos

In gehn gegen die Sowjetunion.

Am Aufbaumerte helfen dann

Im ganzen Reich alle Mann.

Dann hält an ihrer Grenze Wacht

Die starke rote Heeresmacht.

Abzählreime

Kalt und warm,

Reich und arm,

Afisch und Broi,

Gäß und Rot,

Macht der Herr die Türe zu,

Kaus muß du!

1 und 2 und 3 und 4

Kommunisten heißen wir,

Rote Fahnen woll'n wir tragen,

Schwarzwecker zum Teufel jagen!

Wer beim Kampfe bleibt zu Hause,

der muß raus!

Schau ich mich im Lande um,

Ah wie viel sind noch so dumm,

Glauben an den lieben Gott

Und nichts zu essen, nichts im Topf,

Und die Rot ist riesengroß,

Flöt' sie auf und geh gleich los.

Was Arbeiterkinder für die Kinderrede schreiben

Am Dienstag, dem 10. 12. 1929, passierte mir folgendes: Ich ging um 8 Uhr morgens in die Lehrstunde, dort lernte ich meiner Freundin eine "Trommel". Da die anderen ebenfalls auch eine haben wollten, so gab ich ihnen ebenfalls eine. Als Herr Stopp, unser Lehrstundelehrer, hereinkam, sah er bei einem Mädchen eine "Trommel". Am Ende der Stunde ging er zum Direktor und erzählte ihm, daß ich "Trommel" verleiht habe. Dann kam er zu meinem Klassenzimmer, und direkt nahm mir die übrigen 11 "Trommeln" weg. Er sagte, er wolle diese "Trommeln" nach dem Schlamal holen. In der dritten Stunde ging eine Polizei herum, in welcher stand, daß Kinder nichts von Politik verstehen, dann stand drin, daß das Verteilen von Zeitungen in der Schule "verboten" ist. Der Lehrer verbot uns freiraum, in einen politischen Verein zu gehen. Dann fragte er mich, wo ich "Trommeln" her hätte. Ich sagte ihm, daß ich sie im Vorjahr gekauft habe. Er